

**Niederschrift über die 18. Sitzung des Finanzausschusses am Donnerstag,  
03.06.2021, 18:30 Uhr im Ratssaal des Rathauses  
der Stadt Ratzeburg, Unter den Linden 1, 23909 Ratzeburg**

**Anwesend :**

**Vorsitzende**

Frau Marion Wisbar

**Mitglieder**

Herr Matthis Hack

Herr Uwe Martens

Herr Erich Rick

Herr Otto Rothe

Frau Corinna Ruth

Herr Dr. Torsten Walther

Herr Hagen Winkler

ab 18:50 Uhr, nicht stimmberechtigt

**stellvertretende Mitglieder**

Frau Nina Bandahl

Herr Klaus-Stefan Clasen

Frau Monika Schumacher

als Vertreterin für Herrn Frank Stachowitz

als Vertreter für Frau Waltraud Clasen

als Vertreterin für Herrn Hagen Winkler

**Ferner**

Herr Prof. Dr. Ralf Röger

**Von der Verwaltung**

Herr Axel Koop

Herr Said Ramez Payenda

zugleich als Protokollführer

**Entschuldigt:**

**Mitglieder**

Frau Waltraud Clasen

Herr Frank Stachowitz

Herr Dr. Carsten Stemich

**Öffentlicher Teil**

**Top 1 - 18. Sitzung des Finanzausschusses v. 03.06.2021**

**Eröffnung der Sitzung durch die/den Vorsitzende/n und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Wisbar, eröffnet um 18.30 Uhr die 18. Sitzung des Finanzausschusses, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßt alle Anwesenden.

Frau Bandahl vertritt Herrn Stachowitz, Frau Schumacher vertritt Herrn Winkler, und Herr Clasen vertritt Frau Clasen. Herr Koop wird zum Protokollführer bestellt.

## **Top 2 - 18. Sitzung des Finanzausschusses v. 03.06.2021 Anträge zur Tagesordnung mit Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten**

Herr Koop merkt an, dass der Tagesordnungspunkt „Bericht der Verwaltung; hier: Haushaltsbericht 2021“ in der Einladung als Punkt 5.1 deklariert, jedoch in der zusammengefassten Gesamtdati als Punkt 6 ausgewiesen worden sei. Entsprechend verschieben sich jeweils die nachfolgenden Tagesordnungspunkte um einen Punkt.

Aufgrund einer Grundstücks- bzw. Mietangelegenheit bittet er um Ergänzung der Tagesordnung um den nichtöffentlichen Punkt „Bericht der Verwaltung“.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Vorsitzende lässt über den Vorschlag der Verwaltung, die Tagesordnung um den nichtöffentlichen Punkt 11 „Bericht der Verwaltung“ abstimmen.

10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Die **Tagesordnung** wird sodann wie folgt festgesetzt:

### **Öffentlicher Sitzungsteil**

- Punkt 1 Eröffnung der Sitzung durch die/den Vorsitzende/n und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- Punkt 2 Anträge zur Tagesordnung mit Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
- Punkt 3 Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift vom 17.05.2021
- Punkt 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
- Punkt 5 Bericht der Verwaltung
- Punkt 6 Bericht der Verwaltung; hier: Haushaltsbericht 2021
- Punkt 7 Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern
- Punkt 8 Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Ratzeburg für das Haushaltsjahr 2020
- Punkt 9 Anträge
- Punkt 10 Anfragen und Mitteilungen

### **Nichtöffentlicher Sitzungsteil**

- Punkt 11 Bericht der Verwaltung

**Top 3 - 18. Sitzung des Finanzausschusses v. 03.06.2021**  
**Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift vom 17.05.2021**

Einwendungen werden nicht erhoben; Änderungen und/oder Ergänzungen werden nicht gewünscht. Somit gilt die Niederschrift vom 17.05.2021 in der vorgelegten Fassung als genehmigt.

**Top 4 - 18. Sitzung des Finanzausschusses v. 03.06.2021**  
**Bericht über die Durchführung der Beschlüsse**  
**Vorlage: SR/BerVoSr/283/2021**

Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Top 5 - 18. Sitzung des Finanzausschusses v. 03.06.2021**  
**Bericht der Verwaltung**

**Top 6 - 18. Sitzung des Finanzausschusses v. 03.06.2021**  
**Bericht der Verwaltung; hier: Haushaltsbericht 2021**  
**Vorlage: SR/BerVoSr/282/2021**

Herr Koop berichtet über die aktuelle Haushaltssituation, u. a. über weitere Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von rd. 50.000 € sowie über die bereits im Vorwege zur Sitzung per E-Mail versandte Genehmigungsverfügung der Kommunalaufsichtsbehörde des Kreises Herzogtum Lauenburg zum Haushaltsplan des laufenden Haushaltsjahres. Die Genehmigung sei vollumfänglich für den Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie für den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen erteilt worden. Er äußert sich leicht optimistisch, dass der aktuell im Ursprungshaushalt enthaltene Soll-Fehlbedarf in Höhe von rd. 487.000 € durch Mehreinnahmen bis zum Ende des Haushaltsjahres aufgefangen werden könne. Es bleibe jedoch die weitere Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben abzuwarten.

Auf Nachfrage von Herrn Martens hinsichtlich der möglichen Gewährung von Fehlbetragszuweisungen, ob hierfür eine Anpassung der Realsteuerhebesätze erforderlich sei, antwortet Herr Koop, dass gemäß der entsprechenden Richtlinie die Antragsvoraussetzungen erst im Folgejahr, somit spätestens (rückwirkend) zum 01.01.2022, vorliegen müssten. Die Verwaltung habe daher von einer Beschlussvorlage zur Erhöhung der Hebesätze abgesehen, gleichwohl anzumerken sei, dass bei einer späteren Gewährung einer Fehlbetragszuweisung der Differenzbetrag, der aufgrund einer Hebesatzanpassung hätte erzielt werden können, vom Gemeindeprüfungsamt bei der Ermittlung des unabweisbaren Fehlbetrages zugrunde zu legen wäre.

Im Rahmen einer restriktiven Haushaltspolitik schlägt Herr Rick vor, trotz des genehmigten Haushaltes, weiterhin an den Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung festzuhalten.

Herr Clasen und Herr Martens widersprechen und sehen keine Beweggründe für ein derartiges Verfahren.

Herr Rick gibt zu bedenken, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing (AWTS) noch nicht über den Verzicht auf die Erhebung der Tourismusabgabe im lfd. Jahr beschlossen habe. Es müsse mit einem Einnahmeverlust in Höhe von rd. 70.000 € gerechnet werden.

Herr Clasen erklärt, dass der AWTS nicht über den Einnahmeverzicht zu entscheiden habe, sondern vielmehr die Beratung bezüglich einer Grundsatzentscheidung zur möglichen Abschaffung der Tourismusabgabe und/oder Einführung der Kurabgabe anstünde; das Ergebnis sei noch offen.

Ergänzend merkt Frau Wisbar an, dass die seinerzeit in der Stadtvertretung geführte Debatte zur Erhebung der Tourismusabgabe in 2021 auch dort fortzuführen sei. Das Thema stünde daher auf der Tagesordnung zur kommenden Sitzung der Stadtvertretung am 14.06.2021.

Herr Martens stellt sich die Frage nach dem Ertrag-Aufwand-Verhältnis und verweist auf den erhöhten Verwaltungsaufwand bei einer möglichen Erhebung, insbesondere durch Unbilligkeitsentscheidungen aufgrund von Stundung, Niederschlagung und Erlass.

Herr Rick gibt zu bedenken, dass im Falle eines Einnahmeverzichts auch ein Deckungsvorschlag zu unterbreiten sei. Des Weiteren verweist er auf die Genehmigungsverfügung des Kreises zum Haushaltsplan 2021 mit dem Hinweis, dass aufgrund der defizitären mittelfristigen Finanzplanung (2022 bis 2024) davon auszugehen sei, dass künftig die vorgesehenen Kreditaufnahmen nur eingeschränkt genehmigt werden können. Mit Sorge betrachte er den Anstieg der Baukosten und appelliert, insbesondere an die Mitglieder des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses, eine Prioritätenliste aufzustellen.

Herr Rothe unterstützt die Aussagen von Herrn Rick und wertet den Wortlaut der Genehmigungsverfügung teilweise als widersprüchlich. Zwar sei der Kreis Bedenkenträger und sehe die Haushaltsentwicklung kritisch, dennoch werde eine Genehmigung uneingeschränkt erteilt. Ein solches Verfahren sei höchst bedenklich und könne zu ernsthaften Problemen in den Folgejahren führen.

Herr Martens bezieht sich auf die vorherigen Aussagen des Haushaltsberichts, verbunden mit den bundesweiten Forderungen nach einem zweiten kommunalen Rettungsschirm. Er stützt sich auf den erteilten Umfang der Genehmigung, in dessen Rahmen nunmehr die Verwaltung agieren dürfe.

Herr Clasen regt an, entsprechende Prioritätenlisten über die Ausschüsse einzubringen.

Herr Röger zeigt sich begeistert von der vorgeschlagenen Vorgehensweise des Ausschusses. Angesichts der angespannten Haushaltslage halte er eine Priorisierung der Investitionsmaßnahmen für unabdingbar und verweist auf einen in der Stadtvertretung seinerzeit abgelehnten Antrag seiner Fraktion.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **Top 7 - 18. Sitzung des Finanzausschusses v. 03.06.2021 Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern**

Frau Wisbar eröffnet um 18:44 Uhr die sogenannte Einwohnerfragestunde. Es liegen keine Wortmeldungen vor, sodass mit der Beratung zum nächsten Tagesordnungspunkt fortgefahren wird.

### **Top 8 - 18. Sitzung des Finanzausschusses v. 03.06.2021 Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Ratzeburg für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: SR/BeVoSr/426/2021/1**

Einleitend verweist die Vorsitzende auf den aktuellen Beratungsstand und die umfangreiche Prüfung der Jahresrechnung in der Sitzung des Finanzausschusses am 17.05.2021. Es besteht Einvernehmen, von einer weiteren Belegprüfung an dieser Stelle abzusehen und nur noch zu den einzelnen Prüfungsfeststellungen zu beraten.

Herr Winkler betritt um 18:50 Uhr den Sitzungsraum. Da er von Frau Schumacher vertreten wird, entfällt sein Stimmrecht als originäres Ausschussmitglied.

Folgende Anmerkungen werden zu den Prüfungsfeststellungen festgehalten:

#### zu 2a) HHSt. 000.5803 Kosten für besondere Verwaltungsanlässe

Dem Wirtschaftsförderungsverein Inselstadt Ratzeburg e. V. (W.I.R.) sind die anteiligen Kosten für die Durchführung des traditionellen Neujahrempfangs vereinbarungsgemäß in Rechnung zu stellen.

#### zu 2a) HHSt. 020.6541 Wegstreckenentschädigung

Der Finanzausschuss nimmt die Stellungnahme des Fachbereiches Zentrale Steuerung zur Kenntnis.

#### zu 2c) HHSt. 020.6540 Reisekosten

Es wird festgestellt, dass weiterhin entsprechende Erläuterungen zur Notwendigkeit der Dienstreise fehlen. Kritisiert wird zudem die Durchführung der Dienstreise mit dem Flugzeug. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung darauf hingewiesen, künftig entsprechende Kostenvergleiche durchzuführen.

#### zu 2d) HHSt. 020.6610 Mitgliedsbeiträge

Es wird erneut darauf hingewiesen, dass es sich um eine berufsständische Vereinigung handelt, somit die Mitgliedschaft des Bürgermeisters privat ist. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vergangenheit von der Stadtkasse geleisteten Mitgliedsbeiträge 2019 bis 2021 (= 150.00 €) vom Bürgermeister einzufordern. Im Mitgliedsaufnahmeantrag selbst wird zudem zwischen dem Mitglied persönlich und dem Dienstherrn des Mitglieds unterschieden. Es heißt *"Ich ermächtige die `Vereinigung der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte in Schleswig- Holstein e.V.` jederzeit widerruflich den jährlichen Beitrag von 50,00 € von meinem Konto im Lastschriftverfahren einzuziehen."*

Aus der Mitte des Gremiums wird die Frage nach dem vom Bürgermeister ausgefüllten Vordruck gestellt. Herr Koop erklärt, dass er dieses vorliegen habe.

Nach einer kurzen Diskussion lässt die Vorsitzende über den Antrag von Herrn Martens, die Nichtöffentlichkeit der Sitzung herzustellen, abstimmen.

10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltung (einstimmig)

Sodann schließt die Vorsitzende um 19.00 Uhr die öffentliche Beratung und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

#### ***[Nichtöffentlicher Sitzungsteil, in der öffentlichen Niederschrift nicht enthalten]***

Die Vorsitzende stellt die **Öffentlichkeit der Sitzung** um 19:08 Uhr wieder her und verkündet, dass der Finanzausschuss sich verständigt habe, diesen Punkt der Kommunalaufsicht zuzuführen.

#### zu 2e) HHSt. 560.5913 Kosten Leistungen Bauhof, Sportplatz Riemannstraße

Der Finanzausschuss nimmt die ergänzenden Unterlagen und den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

#### zu 2f) HHSt. 630.5115 Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur

Ergänzend zu den bisherigen Erläuterungen bittet Herr Martens um eine Stellungnahme seitens des Fachbereichs Stadtplanung, Bauen und Liegenschaften (FB 6) bezüglich der Auftragserteilung im Hinblick auf die im Haushaltsjahr 2020 vom Bürgermeister verfügte haushaltswirtschaftliche Sperre, insbesondere vor dem Hintergrund der hausinternen Regelung zur Nutzung eines Formblattes ab einer Wertgrenze von 2.500 €.

Auf Nachfrage erläutert Herr Koop anhand der ursprünglichen Berechnungsmatrix des Bauhofes die Ermittlung der Auftragssumme. Die Excel-Tabelle enthalte in einer Zelle einen Formelfehler bei der Multiplikation von zwei Faktoren (Arbeitszeit x Anzahl an Mitarbeiter/innen). Seit Anbeginn des Projekts sei entsprechend von einer zu niedrigen Kostenermittlung ausgegangen worden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag gem. Vorlage und lässt hierüber abstimmen.

**Beschluss:**

Der **Finanzausschuss** fasst das Ergebnis der Rechnungsprüfung in dem als Anlage beigefügten Schlussbericht zusammen und empfiehlt der Stadtvertretung, die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2020 festzustellen.

Ferner wird der Stadtvertretung empfohlen, die überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 630.5439 (Gebühr Oberflächenentwässerung) in Höhe von 32.067,73 € zu genehmigen.

**Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0**

**Top 9 - 18. Sitzung des Finanzausschusses v. 03.06.2021  
Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

**Top 10 - 18. Sitzung des Finanzausschusses v. 03.06.2021  
Anfragen und Mitteilungen**

Frau Wisbar berichtet, dass die nächste reguläre Sitzung des Finanzausschusses im August stattfinden wird. Herr Martens bittet die Verwaltung, bei außergewöhnlichen Ereignissen oder wichtigen Informationen, eine Zwischenberichterstattung an alle Mitglieder des Finanzausschusses zu versenden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit um 19:18 Uhr her.

***[Nichtöffentlicher Sitzungsteil, in der öffentlichen Niederschrift nicht enthalten]***

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Vorsitzende schließt den nicht-öffentlichen Sitzungsteil, stellt die Öffentlichkeit um 19:21 Uhr wieder her und schließt sodann die Sitzung.

Ende: 19:21 Uhr

gez. Marion Wisbar  
Vorsitzender

gez. Axel Koop  
Protokollführung

**Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Ratzeburg  
zur Jahresrechnung 2020**

---

Die Jahresrechnung 2020 mit allen Anlagen und Zahlungsbelegen wurde am 17.05.2021 und 03.06.2021 im Rathaus der Stadt Ratzeburg durchgesehen und stichprobenartig geprüft.

Folgende Anmerkungen und/oder Beanstandungen sind zu notieren:

1. Die Jahresrechnung schließt im **Verwaltungshaushalt** mit bereinigten Soll-Einnahmen in Höhe von 31.723.847,65 € sowie mit bereinigten Soll-Ausgaben in Höhe von 31.723.847,65 € ab, weist somit keinen Fehlbetrag aus und ist damit ausgeglichen.

Neben der Mindest-/Pflichtzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgungsleistungen in Höhe von rd. 856 T€ konnte dem Vermögenshaushalt ein weiterer Betrag in Höhe des verbleibenden Soll-Überschusses in Höhe von rd. 1.828 T€ (ohne Stiftungen) zugeführt werden.

Der **Vermögenshaushalt** schließt mit bereinigten Soll-Einnahmen in Höhe von 5.230.863,41 € und mit bereinigten Soll-Ausgaben in Höhe von 5.230.863,41 € ab, weist somit keinen Fehlbetrag aus und ist damit ausgeglichen.

Durch die erhöhte Zuführung vom Verwaltungshaushalt konnten sämtliche Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen finanziert werden. Die planmäßig vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 1.271.700,00 € war nicht erforderlich und konnte gänzlich eingespart werden.

2. Aus der Belegprüfung ergeben sich folgende Prüfungsfeststellungen:

a) HHSt. 000.5803 Kosten für besondere Verwaltungsanlässe

Abweichend von der bisherigen Praxis der vergangenen Jahre hat der Wirtschaftsförderungsverein Inselstadt Ratzeburg e. V. (W.I.R.) sich nicht an den Kosten für die Durchführung des traditionellen Neujahrsempfangs am 03.01.2020 beteiligt. Eine Rechnungslegung bzw. Kostenanforderung ist noch nicht erfolgt. Es wird empfohlen, zur Fortführung der Veranstaltung in Eigenregie (ohne Kostenbeteiligung) einen Beschluss des Hauptausschusses einzuholen.

*Dem Hauptausschuss wurde zu seiner Sitzung am 31.05.2021 eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt (siehe Anhang); eine Beschlussfassung wurde jedoch zunächst zurückgestellt. Der Fachbereich Zentrale Steuerung wird die ausstehenden Forderungen vereinbarungsgemäß beim W.I.R. anfordern.*

b) HHSt. 020.6541 Wegstreckenentschädigung

Bei der Abrechnung von Wegstreckenentschädigung mangelt es teilweise an der Dokumentation bzw. an dem Nachweis der gefahrenen Kilometer, z. B. Kopien des jeweiligen Fahrtenbuches oder die Bestätigung der mittelbewirtschaftenden Dienststelle, dass die Angaben der Mitarbeiterin bzw. des Mitarbeiters mit den tatsächlichen Belegen übereinstimmen.

*Bei zwei von zehn Buchungen wurde versäumt, eine Kopie des Fahrtenbuches beizufügen. Es wird bestätigt, dass das jeweilige Fahrtenbuch vorgelegen hat und ordnungsgemäß abgerechnet worden ist.*

c) HHSt. 020.6540 Reisekosten

Bei der Anordnungs-Nr. 20028191 handelt es sich um eine Reise-/Fahrtkostenerstattung in Höhe von 136,40 € für eine Dienstreise nach Ulm. Der beiliegende Dienstreiseantrag sieht jedoch ein voraussichtliches Kostenvolumen in Höhe von 1.700 € vor (Kosten für einen Flug etc.). Weitere Abrechnungsbelege für diese Dienstreise sind nicht vorliegend. Es wird um entsprechende Erläuterungen zur Notwendigkeit der Dienstreise und deren Kostenabrechnung gebeten. Kritisiert wird die Durchführung der Dienstreise mit dem Flugzeug. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung darauf hingewiesen, künftig entsprechende Kostenvergleiche durchzuführen.

*Nach erfolgter Aufstellung eines Leistungsverzeichnisses, Ausschreibung und Auftragserteilung fand vom 14. - 16.01.2020 eine Baubesprechung für das zukünftige Löschgruppenfahrzeug 20/40 der Feuerwehr beim Auftragnehmer in Ulm statt. Die Dienstreise wurde im Haushaltsjahr 2021 mit 136,40 € abgerechnet (Tagegeld, Parkgebühren und Kilometergeld Flughafen). Die Kosten für den Flug (979,84 €) sowie für die Unterkunft (608,00 €) mussten bereits im Voraus bezahlt werden und wurden daher bereits im Haushaltsjahr 2019 abgerechnet. Insgesamt beziffern sich die Kosten für die Dienstreise (4 Personen) auf 1.724,24 €.*

*Die endgültige Abnahme sowie die Einweisung in die feuerwehrtechnische Beladung mit der anschließenden Überführung des Fahrzeuges nach Ratzeburg erfolgte kürzlich in der 21. Kalenderwoche des lfd. Jahres.*

d) HHSt. 020.6610 Mitgliedsbeiträge

Der Bürgermeister ist gemäß Aufnahmeantrag vom 11.09.2019 der Vereinigung der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte Schleswig-Holstein e. V. (VHBL) beigetreten. Es handelt sich um eine Vereinigung, die u. a. berufsständische Belange ihrer Mitglieder vertritt. Eine klare Differenzierung zwischen den Personalien des Bürgermeisters und des Dienstherrn ergibt sich zudem aus dem Aufnahmeantrag selbst. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von 50,00 €/Jahr wurde jedoch von der Stadt Ratzeburg entrichtet. Es wird um Vorlage der aktuellen Vereinssatzung gebeten. Die in der Vergangenheit von der Stadtkasse geleisteten Mitgliedsbeiträge 2019 bis 2021 (= 150,00 €) sind vom Bürgermeister einzufordern. Ebenso ist dieser Sachverhalt der Kommunalaufsicht anzuzeigen.

*Die im Internet einsehbare aktuelle Vereinssatzung sowie der Muster-Aufnahmeantrag sind als Anlagen beigefügt.*

e) HHSt. 560.5913 Kosten für Leistungen Bauhof, Sportplatz Riemannstraße

Der Haushaltsansatz der o. a. Haushaltsstelle beläuft sich auf 76.000 €. Für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit wird um Vorlage des entsprechenden Jahresleistungsvertrages, insbesondere um Darstellung der zu erbringenden Leistungen bzw. eines Aufgabenverzeichnisses und der darauf aufbauenden Personalbemessung und Sachausstattung, gebeten.

*Der entsprechende Jahresleistungsvertrag Nr. 12 (Unterhaltung Riemannsportplatz) ist als Anlage beigefügt. Um diese Arbeiten durchzuführen, wird in der Hauptsaison, vom 01.04 bis 31.10 eines Jahres, ein Mitarbeiter ganzzzeitig für die Durchführung der entsprechenden Arbeiten vorgehalten, nebst Gerätschaften, sowie in der Nebensaison temporär zur Durchführung allgemeiner Unterhaltungsarbeiten, wie z. B. Müllbeseitigung, Heckenschnitt, Baumpflege etc.*

*Die zu pflegenden Flächen summieren sich nachfolgend auf (Stand Kataster 2015):*

Platz 1:	Sportplatz	7.300,00 m <sup>2</sup>
	Rasennebenfläche	2.590,00 m <sup>2</sup>
	Kugelstoßanlage	380,00 m <sup>2</sup>
	Weitsprunggrube	75,00 m <sup>2</sup>
	Laufbahn (Weitsprung)	160,00 m <sup>2</sup>

Platz 2: Kunstrasenplatz 5.030,00 m<sup>2</sup>

Platz 3: Sportplatz 6.700,00 m<sup>2</sup>

Platz 4: Bolzplatz 2.790,00 m<sup>2</sup>

Platz 5: Kleinfeld 2.200,00 m<sup>2</sup>

Platz 6: Trainingsfläche 220,00 m<sup>2</sup>

sowie Gesamtunterhaltung:

Rasennebenflächen	13.000,00 m <sup>2</sup>
Hecken:	390,00 m
Sträucher & Büsche:	1.753,00 m
Tribüne:	560,00 m <sup>2</sup>
Befestigte Flächen:	ca. 4.600,00 m <sup>2</sup>
Bäume:	189 Stk.

*Dem gegenüber stehen die Kosten, im Kalenderjahr 2020 von:*

Platz 1 (Hauptplatz):	10.994,27 €
Platz 2 (Kunstrasen):	5.874,70 €
Platz 3:	5.644,36 €
Platz 4 & 5:	7.088,45 €
Leichtathletik:	1.333,26 €
Gesamtunterhaltung:	31.592,17 €
<b>Summe:</b>	<b>73.643,48 €</b>

f) HHSt. 630.5115 Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur

Aus dieser Haushaltsstelle wurde nicht ordnungsgemäß eine investive Maßnahme, die Erneuerung der Treppenanlage „Oelmanssallee/Am Mühlengraben“, abgewickelt. Es wurde gegen diverse Vorschriften des Kommunalhaushaltsrechts verstoßen. Nach den Veranschlagungsprinzipien der Gemeindehaushaltsverordnung handelt es sich um eine investive Maßnahme, die im Rahmen des Grundsatzes der Einzelveranschlagung im Vermögenshaushalt separat ausgewiesen hätte werden müssen. Die Stadtvertretung hätte zudem abschließend im Rahmen der Haushaltsberatungen über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln beraten und entscheiden müssen. Folglich liegt ein Verstoß gegen das Etatrecht der Stadtvertretung vor. Kritisiert wird zudem die Auftragserteilung unter Berücksichtigung der vom Bürgermeister nach § 27 GemHVO-Kameral verfügten haushaltswirtschaftlichen Sperre. Es besteht die Notwendigkeit, für die technische, verwaltungsmäßige und haushaltsrechtliche Abwicklung von Investitionsmaßnahmen klare Vorgaben zu erarbeiten bzw. vorhandene zu ersetzen.

*Diesbezüglich wird auf die Beantwortung des Fragenkatalogs (Top 5.3) in der 14. Sitzung des Hauptausschusses am 22.03.2021 verwiesen (siehe Protokollauszug). Die Maßnahme wurde in der Anlagebuchhaltung mit den aktivierungspflichtigen Gesamtkosten in Höhe von 91.953,09 € nacherfasst und wird nunmehr über die Nutzungsdauer von 30 Jahren abgeschrieben.*

*Gleichwohl gelten für die technische, verwaltungsmäßige und haushaltsrechtliche Abwicklung von Investitionsmaßnahmen die Vorgaben zur Abgrenzung von Herstellungskosten (investiv) und Erhaltungsaufwand (lfd. Unterhaltung). Wenngleich das Wort „Erneuerung“ weder in der Gemeindehaushaltsverordnung noch im Kommunalabgabengesetz normiert wird, handelt es sich nach der Rechtsprechung um eine „nachmalige“ bzw. „nochmalige“ Herstellung. Gemeint ist damit generell der Ersatz einer abgenutzten Anlage durch eine neue Anlage. In diesen Fällen ist die Gesamtmaßnahme in der Anlagenbuchhaltung neu zu aktivieren und abzuschreiben. Ähnlich ist bei Erweiterungen oder wesentlichen Verbesserungen der bestehenden Infrastruktur zu verfahren.*

g) Reaktivierung eines vorzeitig pensionierten Beamten

Es wird festgestellt, dass im Haushaltsjahr 2020 ohne Vorliegen eines politischen Beschlusses ein ehemaliger Beamter wiedereingestellt worden ist. Der Beamte war temporär vom 24.08.2020 bis zum 01.12.2020 bei der Stadt Ratzeburg tätig und wurde entsprechend seiner bisherigen Beamtenbesoldung bezahlt. Es werden formelle Fehler im Verfahren festgestellt; insbesondere wurden Zuständigkeitsregelungen missachtet (vgl. TOP 15 in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2020 sowie Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift in der Sitzung am 30.11.2020). Die politischen Gremien hätten im Rahmen der Nachtragshaushaltsberatungen vorab über die Einrichtung einer Stelle im Stellenplan und damit über die erneute Berufung in das Beamtenverhältnis befinden müssen.

3. Mit Ausnahme der vorstehenden Beanstandungen und Prüfungsfeststellungen kann abschließend festgehalten werden, dass der Haushaltsplan, soweit geprüft, eingehalten wurde, die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet sind und bei den Einnahmen und Ausgaben rechtmäßig verfahren worden ist.

## Anlage zum Prüfbericht (Ziffer 2a)

### Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2018 – 2023

Datum: 19.05.2021

SR/BeVoSr/454/2021

Gremium	Datum	Behandlung
Hauptausschuss	31.05.2021	Ö

Verfasser: Jakubczak, Lutz

FB/Aktenzeichen:

### Durchführung des Neujahrsempfangs der Stadt Ratzeburg; Empfehlung des Finanzausschusses

#### Zielsetzung:

Durchführung des jährlichen Neujahrsempfangs der Stadt Ratzeburg

#### Beschlussvorschlag:

**Der Hauptausschuss beschließt, die Durchführung des städtischen Neujahrsempfangs zukünftig wieder in eigener Regie und eigener Finanzierung durchzuführen.**

\_\_\_\_\_  
Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
Verfasser

#### **elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:**

Koech, Gunnar, Bürgermeister am 19.05.2021

Jakubczak, Lutz am 19.05.2021

#### Sachverhalt:

Im Jahre 1996 hat der Ältestenrat beschlossen, auf der Basis einer Vereinbarung zwischen Stadt, W.I.R. und dem Gaststättenverband zukünftig einen gemeinsamen Neujahrsempfang zu veranstalten. Im Rahmen seiner Sitzung am 17.05.2021 hat der Finanzausschuss festgestellt, dass abweichend von der bisherigen Praxis der vergangenen Jahre der Wirtschaftsförderungsverein Inselstadt Ratzeburg e. V. (W.I.R.) sich nicht an den Kosten für die Durchführung des traditionellen Neujahrsempfangs am 03.01.2020 beteiligt hat. Eine Rechnungslegung bzw. Kostenanforderung ist noch nicht erfolgt. Es wurde empfohlen, zur Fortführung der Veranstaltung in Eigenregie (ohne Kostenbeteiligung) einen Beschluss des Hauptausschusses herbeizuführen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt: Mehrkosten für die Veranstaltung in Höhe von rd. 600,00 € bis 800,00 €

**Anlagenverzeichnis:**

**mitgezeichnet haben:**

# Satzung

## § 1 Name, Sitz

(1) Der Verein führt den Namen "Vereinigung der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte in Schleswig-Holstein e.V." (VHBL SH) Er soll unter diesem Namen in das Vereinsregister eingetragen werden.

(2) Sitz des Vereines ist Kiel.

## § 2 Zweck

(1) Die Vereinigung nimmt die berufsständischen, rechtlichen, kulturellen und sozialen Belange ihrer Mitglieder wahr. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Wahrnehmung der gemeinsamen oder allgemeinen berufsständischen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Landtag, der Landesregierung und anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen, Verbänden und Vereinen.
2. Die Beratung, die Vermittlung berufsständischer Information, die Pflege des Gedanken- und Erfahrungsaustausches sowie die Förderung der fachlichen Weiterbildung ihrer Mitglieder.
3. Die Förderung des Verständnisses für die beruflichen Aufgaben und Probleme der kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten in der Politik und der Öffentlichkeit.

(2) Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wird die Vereinigung mit den kommunalen Landesverbänden eng zusammenarbeiten. Dies gilt vor allem für die Abgabe von Stellungnahmen zu berufsständischen Fragen gegenüber dem Landtag und der Landesregierung.

(3) Die Verfolgung parteipolitischer, religiöser oder wirtschaftlicher Zweck ist ausgeschlossen.

## § 3 Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft steht allen hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten im aktiven Dienst und im Ruhestand offen, soweit sie in Schleswig-Holstein tätig sind oder gewesen sind.

(2) Die Mitgliederversammlung kann Personen, die sich um den Berufsstand besonders verdient gemacht haben, auf Antrag des Vorstands als Mitglieder aufnehmen.

## § 4 Pflichten der Mitglieder

Durch den Beitritt verpflichtet sich das Mitglied

(a) die Bestrebungen der Vereinigung nach besten Kräften zu unterstützen und an den Mitgliedsversammlungen teilzunehmen und

(b) die festgesetzten Jahresbeiträge zu entrichten.

## § 5 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

(1) Die Aufnahme in die Vereinigung ist schriftlich zu beantragen. Sie erfolgt zum Beginn des nachfolgenden Monats. Über die Aufnahme entscheidet die oder der Vorsitzende, über eine Ablehnung der Vorstand der Vereinigung.

(2) Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, durch Tod oder Ausschluss. Der Austritt ist nur mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich; er ist dem Vorstand gegenüber schriftlich zu erklären.

(3) Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt bei

(a) schwerwiegendem Verstoß gegen die Satzung oder die Bestrebungen der Vereinigung oder

(b) bei Nichtzahlung der Mitgliedsbeiträge trotz zweimaliger Mahnung.

Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand nach Anhörung des Mitglieds.

## **§ 6 Organe, Abstimmungen**

(1) Die Organe der Vereinigung sind

(a) die Mitgliederversammlung

(b) der Vorstand

Die Mitarbeit in den Organen erfolgt ehrenamtlich.

(2) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie rechtzeitig eingeladen worden ist. Dies gilt auch, wenn nach der Tagesordnung eine Satzungsänderung beschlossen werden soll.

(3) Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegeben. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(4) Wahlen finden geheim statt, wenn einer offenen Abstimmung widersprochen wird. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

## **§ 7 Mitgliederversammlung**

(1) Die Mitgliederversammlung soll einmal jährlich stattfinden. Ort und Zeit bestimmt, soweit die Mitgliederversammlung nichts anderes festlegt, der Vorstand. Die oder der Vorsitzende lädt wenigstens drei Wochen vorher unter Beifügung der vom Vorstand aufgestellten Tagesordnung ein.

(2) Außerordentliche Mitgliederversammlungen können vom Vorstand beschlossen werden. Die Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn dies von mindestens einem Fünftel der Mitglieder unter Angabe der Gründe beim Vorstand beantragt wird.

(3) Zu den Aufgaben der Mitgliedsversammlungen gehört insbesondere die Beschlussfassung über

(a) die Festsetzung des Haushaltplanes und der Mitgliedsbeiträge

(b) die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung

(c) die Wahl des Vorstandes mit Ausnahme der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers

(d) die Entlastung des Vorstandes

(e) die Satzung und die Änderung der Satzung

(f) die Auflösung der Vereinigung.

(4) Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt die oder der Vorsitzende, bei deren oder dessen Verhinderung die Stellvertreterin oder der Stellvertreter.

(5) Anträge können von der Mitgliederversammlung nur dann behandelt werden, wenn sie mindestens eine Woche vorher bei der oder dem Vorsitzenden schriftlich gestellt und begründet sind. Die Entscheidung über die Zulässigkeit von Anträgen trifft der Vorstand.

(6) Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind in einer Niederschrift festzuhalten, die von der oder dem Vorsitzenden und der Schriftführerin oder dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

## **§ 8 Vorstand**

(1) Der Vorstand besteht aus

- (a) der oder dem Vorsitzenden der Vereinigung
- (b) der oder dem Stellvertretenden Vorsitzenden
- (c) der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer
- (d) der Schatzmeisterin oder dem Schatzmeister
- (e) der Schriftführerin oder dem Schriftführer und
- (f) zwei weiteren Mitgliedern.

(2) Die oder der Vorsitzende, die oder der stellvertretende Vorsitzende sowie zwei weitere Vorstandsmitglieder müssen zum Zeitpunkt der Wahl im aktiven Dienst sein.

(3) Die Mitglieder des Vorstandes werden auf jeweils zwei Jahre gewählt. Sie bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig.

(4) Durch Beschluss des Vorstandes können für besondere Aufgaben weitere Mitglieder ohne Stimmrecht in den Vorstand kooptiert werden.

(5) Der Vorstand leitet die Vereinigung. Er beschließt über alle Angelegenheiten der Vereinigung, soweit sie nicht der Mitgliederversammlung oder der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer obliegen. Der Vorstand ist insbesondere zuständig für:

- ( a ) Die Aufstellung von Richtlinien für die Arbeit der Vereinigung,
- ( b ) die Entscheidung über die Ablehnung der Aufnahme oder den Ausschluss (§ 4).
- ( c ) die Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
- ( d ) die Aufstellung des Haushaltsplanes,
- ( e ) die Verwaltung des Vermögens der Vereinigung,
- ( f ) die Wahl der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers.

(6) Vorstand gem. § 26 BGB sind die Vorstandsmitglieder gem. Absatz 1 lit. a) bis c). Jedes Vorstandsmitglied vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich einzeln.

Der Vorsitzende, in seinem Verhinderungsfall der stellvertretende Vorsitzende, beruft die Mitgliederversammlung und die Vorstandssitzungen ein und führt den Vorsitz.

(7) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

(8) Über die Vorstandssitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von der oder dem Vorsitzenden und von der Schriftführerin oder dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

## **§ 9 Geschäftsführerin oder Geschäftsführer**

(1) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer führt die Geschäfte der Vereinigung im Rahmen der Richtlinien des Vorstandes. Er unterrichtet den Vorstand über alle wichtigen Angelegenheiten.

(2) Als Geschäftsführendem Vorstandsmitglied obliegt es ihr oder ihm, die Geschäfte der laufenden Verwaltung der Vereinigung nach der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung zu führen, insbesondere die Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen vor- und nachzubereiten.

(3) Im Verhinderungsfall wird die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer von einem vom Vorstand zu bestimmenden Vorstandsmitglied vertreten.

### **§ 10 Wirtschaftsführung oder Geschäftsführer**

(1) Zur Finanzierung der laufenden Geschäftsausgaben wird von den Mitgliedern ein Mitgliedsbeitrag erhoben, der von der Mitgliederversammlung der Höhe nach festzulegen ist.

(2) Die Kassengeschäfte sind nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung zu führen.

(3) Die Mitglieder des Vorstandes erhalten Auslagenersatz nach den durch den Vorstand zu beschließenden Richtlinien.

(4) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### **§ 11 Rechnungsprüfung**

(1) Die Mitgliederversammlung wählt zwei Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer. Diese prüfen innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres die Buch- und Kassenführung des Vorstandes. Sie können sich auf Stichproben beschränken,

(2) Die Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer berichten der Mitgliederversammlung.

(3) Die Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer werden auf drei Jahre gewählt. Einmalige Wiederwahl in direkter Folge ist zulässig.

### **§ 12 Satzungsänderung, Auflösung**

(1) Satzungsänderungen und die Beschlussfassung über die Auflösung der Vereinigung können nur verhandelt werden, wenn entsprechende Anträge den Mitgliedern mit der Einladung schriftlich und rechtzeitig zugegangen sind. Die Auflösung der Vereinigung kann nur in einer Mitgliederversammlung beschlossen werden, die unter dem ausdrücklichen Hinweis auf die beabsichtigte Auflösung einberufen ist. Über die Auflösung entscheidet die Mitgliederversammlung mit drei Vierteln der anwesenden Mitglieder, über Satzungsänderungen mit Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

(2) Im Auflösungsbeschluss ist über die Verwendung des vorhandenen Vermögens zu bestimmen.

### **§ 13 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am ..... in Kraft.

Beschluss der Mitgliederversammlung vom ..... .

VEREINIGUNG DER HAUPTAMTLICHEN BÜRGERMEISTER  
UND LANDRÄTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN e.V.



Bitte senden an:

Vereinigung der hauptamtlichen Bürgermeister und  
Landräte in Schleswig- Holstein e.V.  
c/o Hans- Jürgen Kütbach **info@kuetbach.de**  
Schluskamp 32 **Fax 04192 / 85531**  
24576 Bad Bramstedt

## Aufnahmeantrag

Ich beantrage hiermit die Aufnahme in den eingetragenen Verein

**"Vereinigung der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte in Schleswig- Holstein e.V."**

Name:	_____	Vorname:	_____
Geburtsdatum:	_____		
Straße:	_____	Tel. dienstlich:	_____
PLZ/ Ort:	_____	Tel. privat:	_____
		E-Mail:	_____
Dienstherr/ in:	_____	(ehem.)	
		Dienstherr/ in:	_____

Ich ermächtige die "Vereinigung der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte in Schleswig- Holstein e.V." jederzeit widerruflich den jährlichen Beitrag von 50,00 € von meinem Konto im Lastschriftverfahren einzuziehen.

Geldinstitut: \_\_\_\_\_  
IBAN: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichtes Kiel mit der Nummer VR4252KI eingetragen.

Datenschutzhinweis: Mit der Speicherung, Übermittlung und der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten für Vereinszwecke gemäß den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) bin ich einverstanden. Ich habe jederzeit die Möglichkeit, vom Verein Auskunft über diese Daten zu erhalten. Vorstehende Daten werden nur im Rahmen der Erforderlichkeit von Abrechnung und Betreuung Ihrer Vereinsmitgliedschaft erfasst bzw. verarbeitet. Jedes Mitglied des Vereins kann Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten verlangen, sowie deren Berichtigung, Sperrung oder Löschung verlangen.

Geschäftsführer (ehrenamtl.):  
Hans- Jürgen Kütbach, Schluskamp 32, 24576 Bad Bramstedt  
Tel. +49 (0)4192-3333  
Mobil: +49 (0)172-4374723  
E-Mail: info@kuetbach.de

Vorsitzende:  
Heike Döpke, Am Markt 1, 25355 Barmstedt  
Tel. +49 (0) 4123-681100  
Mobil: +49 (0) 151-15212149  
E-Mail: h.doepke@stadt-barmstedt.de

Bankverbindung  
Sparkasse Holstein  
IBAN: DE28213522400090061046

Stadt Ratzeburg

Ratzeburg, den 02.01.2020

Zwischen der Stadt Ratzeburg, Fachbereich Stadtplanung, Bauen und Liegenschaften und den Ratzeburger Wirtschaftsbetrieben

wird folgender Vertrag geschlossen:

### **Jahreszeitvertragsarbeiten Nr.12 – Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe Bauhof** Unterhaltung **Riemannsportplatz** – Haushaltstitel 560.5913

Für die Unterhaltung und Pflege der gesamten Anlage Riemannsportplatz sind alle Arbeiten wie folgt auszuführen:

1. Regelmäßige Mahd der Sportrasenflächen Wuchshöhe 6 – 9 cm , Schnitthöhe 4 cm, Schnittfolge nach Wuchshöhe i. d. Regel mindestens 30 –mal, Schnittgut aufnehmen.
2. Regelmäßige Mahd der Gebrauchsrasenflächen 10 – mal, der Landschaftsrasenflächen 2 - mal im Jahr, mit Schnittgutaufnahme, Wuchshöhe bis 10 cm, Schnitthöhe 4 cm und 6 cm.
3. Düngung der gesamten Sportrasenflächen mit mineralischem Volldünger, Vorratsdünger und Langzeitdüngern gemäß Dünge- und Pflegeplan, wird vom Auftraggeber rechtzeitig an den Auftragnehmer überreicht. Düngung erfolgt im April, Juni, August und im Oktober.
4. Sportrasen senkrecht schneiden (Vertikutieren), kreuzweise , Messerabstand max.3 cm, Messereindringtiefe in die Rasentragschicht max. 1 mm, herausgearbeitetes Material aufnehmen.
5. Sportrasen belüften (Aerifizieren), Lochwerkzeug mit Verdrängungswirkung min. 120 Einstiche m<sup>2</sup> , Eindringtiefe min. 12 cm. Nach Abtrocknung Auswurf abschleppen, restliches Auswurfmaterial aufnehmen.
6. Sportrasen mit gewaschenem Sand abstreuen Körnung 0/2, Sportrasen nach dem Besanden abschleppen.
7. Sportrasen nachsäen, als Saat ist eine RSM FLL2.3 Gebrauchsrasen/Spielrasen Mischung einzubringen.
8. Witterungsbedingt ist während der Sommerspielzeit eine Beregnung durchzuführen. Eine Beregnungsanlage ist vorhanden.
9. Unterhaltung der Sprung- und Wurfanlagen, kleinere Reparaturen sind durchzuführen und die Anlage in sicherem Zustand zu unterhalten.
10. Die Tribünenanlage ist in Stand zu halten z.B. Streichen der Sitzgelegenheiten, kleinere Reparaturen.
11. Die Tennenlaufbahn ist einmal wöchentlich abzuschleppen, fehlendes Havarot ist zu ergänzen, eine sichere Nutzung der Anlage ist zu gewährleisten.
12. Gehölzschnitt im Frühjahr / Herbst an Einzelgehölzen und geschlossenen Pflanzungen, Erziehungs- und Verjüngungsschnitt, Totholz, beschädigte/ranke Äste entfernen, Schnittgut häckseln und in Pflanzfläche auftragen, Schichtdicke max. 8 cm
13. Heckenschnitt 1 – mal im Jahr , 1. Schnitt ab 1. Juli, Hecke allseitig schneiden, artfremden Gehölzbewuchs entfernen / Schnittgut häckseln und in Pflanzfläche auftragen, Schichtdicke max. 8 cm.

14. Unterhaltung der Flutlichtanlage, die Anlage ist regelmäßig zu überprüfen, so dass die Funktion gewährleistet ist.
15. Der Kunstrasenplatz ist je nach Bedarf aber mindestens alle zwei Wochen regelmäßig mit dem Traktor und den Besen der Fegevorrichtung besonders in den intensiv bespielten Bereichen fachgerecht zu unterhalten. Die Beschaffung und der regelmäßige Ersatz neuer Anbaubesen obliegt dem Bauhof.
16. Die Kompostabfuhr ist regelmäßig durchzuführen. In der Schulsaison 1-2 x wöchentlich nach Bedarf und Aufwuchs.
17. Einmal wöchentlich ist ein Protokoll über die Sicherheit der Anlage vom Auftragnehmer zu erstellen und dem Auftraggeber unaufgefordert 2 wöchentlich vorzulegen. Zu beachten ist hierbei auch die Dienstanweisung zur Unterhaltung und Überwachung der städtischen Sportplätze und Kleinspielfelder vom 1.4.1998.

Zusätzliche Neuaufstellungen oder Umbauten sind nicht Bestandteil dieses Vertrages und gesondert nach Einzelauftragsvergabe abzurechnen.

Die entsprechend geforderten Arbeiten sind möglichst nach StLB zu errechnen und dürfen in ihrer Summe den zur Verfügung stehenden Gesamtbetrag nicht überschreiten.

Der Auftraggeber erstellt im Rahmen des an ihn zu leistenden Verwaltungskostenbeitrages die vom Bauhof benötigten Kataster und Übersichtspläne in der jeweils aktuellsten Fassung. Veränderungen in den Bestandsplänen sind dem Bauhof kurzfristig mitzuteilen. Eine entsprechende Abstimmung der zusätzlich aufzubringenden finanziellen Mittel hat in diesem Falle zeitnah zu erfolgen.

Der Jahresbetrag von 80.100,- € wird in zwölf Jahresraten zu jeweils 6.675,00 € an den Wirtschaftsbetrieb überwiesen.

Im Auftrage

Koeh  
Werkleiter

Wolf

### **Top 5 - 14. Sitzung des Hauptausschusses v. 22.03.2021 Bericht der Verwaltung**

#### **Top 5.1 - 14. Sitzung des Hauptausschusses v. 22.03.2021 Bericht der Verwaltung; hier: Schreiben der Kommunalaufsicht zum 3. Nachtragshaushaltsplan 2020 Vorlage: SR/BerVoSr/250/2021**

Der Hauptausschuss nimmt von dem Bericht Kenntnis.

#### **Top 5.2 - 14. Sitzung des Hauptausschusses v. 22.03.2021 Bericht der Verwaltung; hier: Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben Vorlage: SR/BerVoSr/260/2021**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **Top 5.3 - 14. Sitzung des Hauptausschusses v. 22.03.2021 Anfragen an den Bürgermeister aus dem Ausschuss**

Bürgermeister Koech berichtet über die Einrichtung von Corona Teststationen in Ratzeburg. Standorte: Jugendherberge (DRK) und kleine Sporthalle Riemannstraße (Notarztbörse)

Sodann beantwortet Bürgermeister Koech die Fragen aus dem politischen Raum. Die zusätzlichen Fragen und Antworten sind fett/ kursiv gedruckt wiedergegeben.

- 1) Ist es zutreffend, dass das Arbeitszeitmodell der Verwaltung der Stadt Ratzeburg, unter Wegfall der Kernzeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im 1. Quartal 2021 durch Sie geändert wurde?

- **Der Mitarbeiter wird auf 450 EURO Basis beschäftigt und baut sein Zeitguthaben ab.**

Bestand ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis des Mitarbeiters?

- **Ja**

16) Am 26.10.2020 erschien in dem Onlineformat [www.herzogtum-direkt.de](http://www.herzogtum-direkt.de) folgende Pressemitteilung:

"Treppenanlage zwischen der 'Oelmanns Allee' und 'Am Mühlengraben' wird aufwändig erneuert"

Die Pressemitteilung ist beigefügt.

Auf den Bildern der Pressemitteilung ist sehr gut zu erkennen, dass es sich nicht um eine bloße Sanierung, sondern um eine vollständige Neuanlage handelt.

Diesbezüglich stellen sich folgende Fragen:

Gibt es einen gültigen Beschluss?

- **Nein**

Wie sind die Eigentumsverhältnisse des Weges?

- **Der Weg ist Eigentum der Stadt Ratzeburg**

Können Katasterauszüge zeitnah vorgelegt werden?

- **Ja**

Gibt es ein Gutachten?

- **Nein?**

Am 19.01.2021 erschien sodann die Pressemitteilung zur Fertigstellung der Treppenanlage, die ich ebenfalls beifüge.

Die ursprünglich bezifferten Kosten in Höhe von 35.000 EUR wurden erheblich überschritten. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 80.000 EUR.

Insoweit stellen sich folgende Fragen:

Wie kommt eine Preissteigerung in Höhe von mehr als 100 Prozent zustande?

- **Gemäß der Urkalkulation und Angebot des Wirtschaftsbetriebes Bauhof haben sich die Kosten um das Zweieinhalbfache erhöht.**

**Der Herstellungsaufwand wurde deutlich unterschätzt.**

**Das untere Drittel des Wegeabschnittes befand sich erheblich auf Privatgrundstück und musste verlegt werden.**

**Während der Baumaßnahme traten besondere Unwegsamkeiten bzw. Erschwernisse auf:**

**Anfallendes Hangwasser erschwerte massiv den Wegebau und eine zusätzliche Drainage musste zur Verhinderung einer Oberbaudurchfeuchtung eingebaut werden.**

**Das Gefälle in den Langabschnitten musste von 16% Längsneigung auf max.12% reduziert werden (Verkehrssicherungspflicht) und Zwischenpodeste eingebaut werden.**

**Dadurch entstand praktisch ein komplett neuer Weg in der Wegetrasse der den gesetzlichen Anforderungen gerecht wird.**

**Haushaltsmittel standen unter Haushaltsstelle 630.5115 zur Verfügung.**

Ist das Geld von der Stadt an den Bauhof gezahlt worden?

- **Ja**

Welche Haushaltsmittel standen für diese Maßnahme bereit?

- **Es standen Haushaltsmittel unter der Haushaltsstelle 630.5115 (Unterhaltung Straßen/Wege/Brücken) bereit.**

Gibt es ein Gutachten zur Barrierefreiheit?

- **Nein.**

**Treppe und Barrierefreiheit schließen sich meiner Ansicht nach aus.**

**Der Privateigentümer hat sich zu der Angelegenheit nicht geäußert, da ihm offensichtlich sein Eigentum an den Flächen nicht bekannt war.**

**1.Stadtrat Bruns vertritt die Auffassung, dass es sich um eine Neubaumaßnahme gehandelt habe, die über den Vermögenshaushalt hätte abgerechnet werden müssen und vorab eines Beschlusses der Stadtvertretung bedurft hätte.**

**Bürgermeister Koech erklärt, dass der Auftrag nicht durch ihn, sondern schon vor langer Zeit unter massivem Druck seines Amtsvorgängers erfolgt sei, der ein besonderes Interesse am Ausbau der Treppenanlage gehabt habe. Der Auftrag sei jedoch aus Kapazitätsgründen nicht ausgeführt worden. Man ist von einer Sanierung ausgegangen. Gleichwohl sind während der Maßnahme verwaltungstechnische Verfahrensfehler gemacht worden.**

**Der Pressetermin ist auf Bitte der Bauhofleitung erfolgt.**

**Ratsherr Dr. Röger fragt nach, ob er dies richtig verstanden habe, dass der Bürgermeister als Werkleiter des Bauhofs von der konkreten Maßnahme des Bauhofes, die am Ende ca. 80.000,- Euro gekostet habe, keine Kenntnis gehabt habe.**

**Bürgermeister Koech bestätigt, dass die Kenntnisnahme der Maßnahme erst nach Fragestellung durch die Politik erfolgt sei, zuvor habe er von dieser Maßnahme keine Kenntnis gehabt. Der laufende Prozess wurde durch den Bürgermeister nicht in Frage gestellt. Hinsichtlich der Nachfrage von Frau Clasen zum erforderlichen Controlling, führte Bürgermeister Koech sinngemäß aus, dass er dieses nicht für erforderlich hielt und er darüber hinaus dafür Sorge tragen würde, dass „so etwas“ nicht mehr vorkomme.**

**Herr Bürgermeister Koech weist ausdrücklich daraufhin, dass sein Amtsvorgänger Voß gegenüber dem Bauhof maßgeblich Einfluss bezüglich der grundsätzlichen Durchführung dieser Maßnahme genommen habe und die Sanierung der Treppenanlage auf seinen Amtsvorgänger zurückzuführen sei.**

**Weiterhin räumte der Bürgermeister auf Nachfrage von Herrn Bruns eindeutig ein, dass die Maßnahme so nicht hätte umgesetzt werden dürfen, weil es sich um eine investive Maßnahme des Vermögenshaushaltes der Stadt handele. Die Mittel dafür hätten aber gleichwohl zur Verfügung gestanden.**

Menge	Einheit	Bezeichnung	E-Preis	G-Preis	E-Preis	G-Preis	E-Preis	G-Preis
		<b>Kommissionierungszuschlag</b>	17,50 €	17,50 €		80 stk.		
187,00	Stk.	Granit Palisade 8/25/100 cm grau allseits gespalten und gestockt (Menge 244)	17,70 €	3.309,90 €	17,17 €	1.373,60 €	17,20 €	3.216,40 €
168,00	Stk.	Granit Palisade 8/25/75 cm grau allseits gespalten und gestockt	12,45 €	2.091,60 €	13,15 €	2.209,20 €	13,00 €	2.184,00 €
120,00	Stk.	Granit Palisade 8/25/50 cm grau allseits gespalten und gestockt	8,85 €	1.062,00 €	8,59 €	1.030,80 €	8,60 €	1.032,00 €
44,00	Stk.	Granit-Blockstufe 100x35x15 cm China grau 6-seitig gesägt, gefast und geflammt	41,00 €	1.804,00 €	41,64 €	1.832,16 €	41,90 €	1.843,60 €
6,00	Stk.	Granit-Blockstufe 150x35x15 cm China grau 6-seitig gesägt, gefast und geflammt	64,50 €	387,00 €	61,96 €	371,76 €	63,00 €	378,00 €
90,21	m²	Rechteckpflaster 20/108 cm anthrazit m. Fase	11,35 €	1.023,88 €	11,50 €	1.104,00 €	12,00 €	1.080,00 €
		<b>Frachtkosten</b>	75,00 €	75,00 €		18,00 €		300,00 €
5,00	m³	Beton C20/25 8er Korn	89,00 €	445,00 €			117,50 €	587,50 €
		<b>Mindermengenzuschlag</b>	16,00 €	16,00 €				15,00 €
		<b>Frachtkosten</b>						80,00 €
6,00	Stk.	ACO-Drain Multiline Seal in V100S T 10.0 100 cm Verz. KS Stahl Bauhöhe 20,0/20,0 cm	50,90 €	305,40 €			55,00 €	330,00 €
3,00	Stk.	ACO-Drain Multiline Seal in Kombistirnw. Typ 0-20 für Rinnenanfang und –ende mit Kante verz.	13,60 €	40,80 €			19,00 €	57,00 €
3,00	Stk.	ACO-Drain Multiline Seal in Stirnwand 10 für Rinnenende, LLD-Rohranschl. DN 110 mit Kantenschutz Stahl verz.	20,10 €	60,30 €			28,45 €	85,35 €
3,00	Stk.	ACO-Drain-Maschenrost Q Kl. B. 100 cm MW 30x10,0 Stahl verzinkt mit schraubloser Arretierung Drainlock	38,00 €	114,00 €			38,50 €	115,50 €
50,00	m	KG-Rohr DN 110/2000 KGEM	13,80 €	690,00 €	2,67 €	113,48 €	4,49 €	224,40 €
25,00	Stk.	KG-Bogen DN 110 45 Grad KGB	9,10 €	227,50 €	1,10 €	23,38 €	2,97 €	74,25 €
20,00	m	Sirobau Dränrohr DN 100, geschlitz Typ R1, blau, L=2,50 m	2,10 €	42,00 €	1,44 €	34,56 €	2,85 €	57,00 €
		<b>Logistikkostenpauschale je Anlieferung</b>	12,50 €	12,50 €		6,47 €		40,00 €
107,00	Stk.	Granit Leistenstein 8/25/100 cm classic			16,09 €	1.721,63 €		
		<b>Streckenlieferung Granit</b>			100,00 €	100,00 €		
6,00	Stk.	Anrin Self NW 100 Rinne 1,0 m mit verzinktem Stegrost Kl. A15, Breite 12 / Höhe 10			18,15 €	108,90 €		
3,00	Stk.	Anrin Self NW 100 Rinne 1,0 m mit verzinktem Stegrost Kl. A15 und eingebautem Rohrstutzen DN 100			23,35 €	70,05 €		
3,00	Stk.	Anrin Self NW 100 Rinne 0,5 m mit verzinktem Stegrost Kl. A15 und eingebautem Rohrstutzen DN 100			21,36 €	64,08 €		
		Mautpauschale						15,00 €
				<b>11.724,38 €</b>		<b>10.182,07 €</b>		<b>11.715,00 €</b>
18,00	m³	BMG		350,00 €		350,00 €		350,00 €
10,00	m³	Splitt		55,00 €		55,00 €		55,00 €
		<b>Materialkosten</b>				<b>10.587,07 €</b>		

		Stundenaufwand (6 Leute 4 Wochen)				7.839,00 €		
		RZ-MC 54				5.023,20 €		
		RZ-VW 214				2.165,28 €		
		Minibagger				800,00 €		
		RZ-AH 419				138,84 €		
		Rüttelplatte Vibromax				76,70 €		
		Nonnemann WC				120,00 €		
		Radlader klein, gemietet				1.600,00 €		
		Gerätepauschale				200,00 €		
		<b>Geräte und Lohn</b>				<b>17.963,02 €</b>		
		<b>Geplante Gesamtkosten</b>				<b>28.550,09 €</b>		

## Koop

---

**Von:** Koop  
**Gesendet:** Dienstag, 28. April 2020 14:31  
**An:** Koop  
**Cc:** Bürgermeister Gunnar Koech  
**Betreff:** Haushaltswirtschaftliche Sperre  
**Anlagen:** 2020-04-27 Haushaltswirtschaftliche Sperre.pdf

### Verteiler

Mitglieder der Stadtvertretung sowie des Finanzausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang erhalten Sie die vom Bürgermeister verfügte haushaltswirtschaftliche Sperre für den städtischen Haushaltsplan 2020 zur Kenntnis.

Bei etwaigen Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
Axel Koop



Stadt Ratzeburg  
Der Bürgermeister

Rathaus | Unter den Linden 1  
23909 Ratzeburg

**Fachbereich Finanzen**  
Tel. (0 45 41) 80 00-120  
Fax (0 45 41) 80 00-9999  
[koop@ratzeburg.de](mailto:koop@ratzeburg.de)  
[www.ratzeburg.de](http://www.ratzeburg.de)

- Alle Fachbereiche
- Personalrat

### im Hause

#### **Haushaltssatzung und -plan für das Haushaltsjahr 2020** **hier: haushaltswirtschaftliche Sperre**

Die Stadtvertretung hat am 03.02.2020 die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen. Sowohl der Gesamtbetrag für die Verpflichtungsermächtigungen als auch für die Kreditaufnahmen bedurften seitens der Kommunalaufsichtsbehörde keiner Genehmigung (§ 84 Abs. 5 und § 85 Abs. 6 GO).

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und der drohenden Wirtschaftskrise werden sinkende Einnahmen erwartet. Die Größenordnungen der wirtschaftlichen Folgen sind noch nicht absehbar. Sollte die Krise mehrere Monate andauern und sich die wirtschaftliche Lage weiter eintrüben, sind Mindereinnahmen in Millionenhöhe zu befürchten.

Um das weitere Auseinanderdriften von Einnahmen und Ausgaben entgegenzuwirken, ordne ich eine haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 27 GemHVO-Kameral an. Die Sperre ist eine Sofortmaßnahme im Rahmen des Haushaltsvollzugs, um einen drohenden Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt zu verhindern bzw. möglichst gering zu halten.

Die haushaltswirtschaftliche Sperre beinhaltet folgende Maßgaben:

1. Für die Inanspruchnahme von Haushaltsansätzen für Ausgaben des Verwaltungshaushaltes wird grundsätzlich eine haushaltswirtschaftliche Sperre verfügt.
2. Für die Inanspruchnahme von Haushaltsansätzen für Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt gelten die Vorgaben aus dem Runderlass zu §§ 85, 95g der Gemeindeordnung (Krediterlass vom 23.01.2017). Demnach kann die Kreditaufnahme nur als genehmigungsfähig angesehen werden, soweit sie notwendig ist zur Finanzierung
  - von Ersatzinvestitionen, die unabweisbar im Sinne von § 82 Abs. 1 GO sind (unabweisbar sind Maßnahmen dann, wenn ein Aufschub besonders unwirtschaftlich wäre) oder
  - von unaufschiebbaren Fortsetzungsmaßnahmen im Sinne von § 81 Abs. 1 Nr. 1 GO oder
  - von Maßnahmen, die sich zu 100% über künftige Einnahmen oder Einsparungen selbst finanzieren (rentierliche Maßnahmen) oder
  - von Vorhaben, welche mit einer hohen Zuweisungsquote gefördert werden und zu erwarten ist, dass die Folgekosten in absehbarer Zeit von der Stadt getragen werden können.

Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auch auf die kommunale Unterstützung der aktuellen Politik des Bundes zur Stabilisierung der Wirtschaft. Die Kommunen sind angehalten, sich antizyklisch zu verhalten, d. h. zurzeit die Konjunktur in der Rezessionsphase durch Aufträge zu beleben.

Von der haushaltswirtschaftlichen Sperre nach Ziffer 1 und 2 bleiben unberührt:

- Haushaltsansätze zur finanziellen Leistungen, zu denen die Stadt rechtlich verpflichtet ist\*,
- Haushaltsansätze für finanzielle Leistungen, die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind,

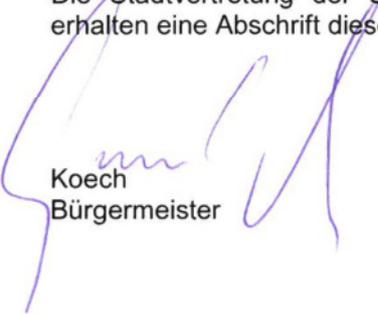
\* z. B. Personalausgaben (SN 01) und Bewirtschaftungskosten (SN 02), soweit sie aus bestehenden Verträgen herrühren; neue Aufträge unterliegen auch in diesen Bereichen der Haushaltssperre.

Ich weise ausdrücklich auf den Wortlaut der gesetzlichen Regelung hin, wonach eine haushaltswirtschaftliche Sperre nicht ein absolutes Ausgabeverbot beinhaltet, sondern vielmehr bedeutet, dass Ausgaben nur mit **vorheriger Einwilligung** geleistet werden dürfen.

Ausnahmen von den getroffenen Maßgaben sind daher im Einzelfall möglich. Die Einwilligung zur Eingehung von Verpflichtungen sollte jedoch nach Augenmaß vorgenommen werden.

Über eine Freigabe der Haushaltsmittel im Einzelfall dürfen die Fachbereichsleitungen bis zur Höhe von 25.000 € sowie die Fachdienstleitungen bis zur Höhe von 12.500 € entscheiden. Für darüberhinausgehende Freigaben entscheidet der Bürgermeister; die geltenden Regelungen der Hauptsatzung für die Vergabe von Aufträgen sind zu beachten.

Die Stadtvertretung der Stadt Ratzeburg sowie die Mitglieder des Finanzausschusses erhalten eine Abschrift dieses Schreibens zur Kenntnis.



Koech  
Bürgermeister